



Kein Sparwille in Rüti

von Christian Klambaur, Präsident

Viele Gemeinden senken den Steuerfuss radikal – nicht Rüti. Wir haben mittlerweile den vierthöchsten Steuerfuss im Zürcher Oberland und eine Ausgabensteigerung innert 5 Jahren um knapp 33% von 82 Millionen auf 109 Millionen Franken!

Ausgaben pro Einwohner im Jahr 2007: Fr. 7'178.--

Budget pro Einwohner im Jahr 2012: Fr. 9'188.-- – ein Plus von 28%!

Aufstockungen beim Gemeindepersonal führen zu zusätzlichen jährlichen Lohnkosten von 5.8 Millionen auf mittlerweile stattliche 27.6 Millionen! Das Jahresbudget 2012 zeigt in keinem Ressort sinkende Ausgaben!

Die SVP Rüti beantragt an der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember eine vertretbare Steuersenkung um 2 Steuerprozent zu Lasten der Gemeinde Rüti und ein ausgeglichenes Budget 2012!

Die Ressorts haben sich bei der Budgetplanung eine gigantische Wunschliste zusammengestellt, welcher weitgehend entsprochen worden ist. Einige Beispiele?

Teure Pensionskassenlösung für Gemeindeangestellte. Die Arbeitgeberbeiträge steigen ab 2012 von 10% auf 12%.

Ausbau Verwaltungs- und Beratungsstelle im Bereich Alter von 30% auf neu 130% Stellenprozente.

Renovation in der 2010 neu bezogenen Badi im Bereich der neu erstellten Bereiche in der Höhe von 61'400 Franken. Fehlplanung oder bewusste Irreführung des Stimmbürgers?

Bald sind 12'000 Einwohner zu erwarten. Pro 3000 Einwohner braucht es einen Gemeindepolizisten. Bereits 2012 wird dieser zusätzlich eingestellt. Die Aufstockung um einen Polizisten ab dem 12'001. Einwohner ist eine Luxusaktion, welche den Steuerzahler mehr als 200'000 Franken pro Jahr kostet. Dennoch bleiben die Verträge der externen Parkraumpolizisten bestehen, da dem neuen, kaum ausgelasteten Polizisten diese Parkplatzkontrolle nicht zugemutet werden kann! Immerhin soll er zusätzliche Busseinnahmen von 25'000 Franken bringen!

Der neue Arbeitsplatz für den fünften Rütner Polizisten kostet zusätzlich 16'000 Franken – im Vergleich zu 100'000 Franken für den Arbeitsbereich Alter der Gemeinde fast ein Schnäppchen!

Die Gas-Tankstelle bei der ESSO-Tankstelle wird von den Gemeindegewerken massiv quersubventioniert mit gegen 30'000 Franken. Profiteure sind knapp 100 Gasautofahrer, wobei mehr als die Hälfte nicht aus Rüti stammen!



Abb.: Kein Sparwille in Rüti



Rütner Stimmbürger werden für dumm verkauft!

von Martin Suter

Im Jahr 2008 hat der Rütner Souverän einer Eingemeindung der Kinderkrippe zugestimmt. Abgestimmt wurde über eine Krippe, welche 340'000 Franken kostet und ein Defizit von 130'000 Franken pro Jahr verursacht. Klammheimlich wurde die Krippe sukzessive erweitert und ausgebaut!

Im kommenden Jahr kostet die Krippe 647'800 Franken (+90%!) und fährt einen Verlust von 279'000 Franken (+114% !) ein! Mit einem mehr als doppelt so hohen Defizit wie vom Stimmbürger gut geheissen, wird der Volkswille vollkommen ignoriert und mit Füssen getreten!

Noch viel schlimmer ist die Situation beim Energiestadtlabel. Der Stimmbürger konnte noch nie über das Label abstimmen. 250'000 Franken werden im Budget 2012 für „Massnahmen im Bereich des Energiestadtlabel“ vorgesehen. Weitere 73'000 Franken fallen jährlich für Verwaltungskosten dieses Energiestadtlabels an – etwas viel Geld für einige blaue Energiestadt-Tafeln am Ortseingang!



Einseitige Polizeiverordnung – bitte zurück an den Absender!

von Ruedi Menzi

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stimmbürger an der kommenden Gemeindeversammlung vom 5. Dezember die revidierte Polizeiverordnung.

Einwohner, Vereine und Parteien haben in der Vernehmlassung 50 Einwendungen eingereicht, die von Selbstverteidigung zum Selbstschutz über die Leinenpflicht bei Hunden bis zur Plakatierung für Abstimmungen und Wahlen reichen. 13 Einwendungen waren eher redaktioneller Natur und wurden entsprechend berücksichtigt. Fast alle verbleibenden 37 Einwendungen der Vereine und politischen Parteien wurden rundweg abgelehnt!

Mit den Artikeln 13 und 17 werden den Vereinen und Parteien Kreativität und Handlungsspielraum nur noch gegen Geld und eine kommunale Bewilligungspflicht zugestanden. Vereine und auch Parteien sind wichtige Träger unserer Gesellschaft, und ihre Mitglieder arbeiten in vielen Fällen unentgeltlich für das Allgemeinwohl.

Vereine und Parteien müssen Freiheiten haben, um kleine Veranstaltungen, Standaktionen oder andere Aktivitäten ohne Bewilligung der Gemeinde durchführen zu können!

Mit dieser revidierten Polizeiverordnung erhält die Gemeinde die totale Kontrolle über die Durchführung einer Aktion und natürlich Geld der Veranstalter. Sogar die Sujets der Plakate sollen künftig erst von der Gemeindeverwaltung geprüft und bewilligt werden. Dies kann von den Vereinen und Parteien nicht hingenommen werden!

Die SVP kann der vorliegenden Fassung NICHT zustimmen und wird andere Gruppierungen unterstützen, die auch eine Neufassung der Polizeiverordnung anstreben!

Besuchen Sie die Gemeindeversammlung am 5. Dezember 2011 - es lohnt sich!